INTERNATIONAL KAAR (LABOUR)

Organisation der Fadaian (Aghaliyat) **Oktober 2026**

Einigung oder eine neue Phase der Verschärfung der militärischen Konfrontation?

Die Islamische Regierung im Iran steht vor mehreren komplexen und miteinander verflochtenen Krisen. Jede einzelne von ihnen schränkt die Fähigkeit des Regimes, das Land zu regieren, erheblich ein. Gleichzeitig verschärft sich die militärische Konfrontation zwischen Iran und den USA, während der internationale Druck weiter zunimmt. Dadurch verstärken sich die Krisen gegenseitig.

Das Regime leidet unter einer Krise der politischen Legitimität und einer tiefgreifenden gesellschaftlichen Unzufriedenheit. Die Kaufkraft der Bevölkerung sinkt stetig. Die Exporte und Deviseneinnahmen sind

► 2

Klassenkampf in Europa

Die Proteste, die in der zweiten Septemberhälfte am Lycée Saint-Exupéry in Créteil, einem Vorort im Südosten von Paris, begannen, haben sich auf weite Teile Europas ausgeweitet. Am Samstag, dem 24. Oktober, gingen erneut Menschen in Frankreich, Belgien, Spanien, Portugal, Italien und Albanien auf die Straße. Sie protestierten gegen die Politik der Regierungen, die die bestehende Ordnung verteidigen und damit die Lebensbedingungen von Arbeiterinnen und Arbeitern, Rentnerinnen und Rentnern, Studierenden und Schülerinnen und Schülern immer weiter verschlechtern.

Nach Angaben der Confédération générale du travail (CGT) nahmen trotz der von der französischen Regierung errichteten Hindernisse, darunter eine Änderung der

►5



In dieser Ausgabe:

- Einigung oder eine neue Phase der Verschärfung der militärischen Konfrontation?
- Klassenkampf in Europa
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- Ausgewählte Berichte über Arbeitskämpfe...

Einigung oder eine neue Phase...

beeinträchtigt. Hinzu kommen Differenzen innerhalb der politischen Führung, insbesondere nach dem Tod Ali Khameneis. Auch die Verhandlungen mit den USA gestalten sich schwierig. Eine für beide Seiten akzeptable Einigung ist bislang schwer zu erreichen. Der innen- und außenpolitische Handlungsspielraum des Regimes ist damit erheblich geschrumpft.

Die zentrale Frage lautet: Kann sich das Regime aus diesem Geflecht von Krisen befreien? Oder wird das Festhalten an seiner bisherigen Politik das Land in einen noch tieferen wirtschaftlichen Zusammenbruch treiben und eine neue Phase der militärischen Konfrontation heraufbeschwören?

Eines der wichtigsten Merkmale der gegenwärtigen Lage des Regimes ist die Spaltung innerhalb der Führung über den Umgang mit den USA und die Bedingungen für eine Beendigung des Krieges.

Auf der einen Seite steht die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Druck zu verringern, die Seeblockade aufzuheben, die Handelswege wieder zu öffnen und weitere Zerstörungen der Infrastruktur zu verhindern. Auf der anderen Seite stehen die Befürchtungen vor politischen Zugeständnissen, einem Verlust der regionalen Machtposition und den innenpolitischen Folgen eines Abkommens mit den USA.

Dieser Konflikt lässt sich nicht einfach auf unterschiedliche Auffassungen einzelner

▶

Regierungsvertreter reduzieren. Innerhalb der Machtstrukturen der Islamischen Republik verfolgen die verschiedenen Machtzentren nicht zwangsläufig dieselbe Einschätzung der Kosten und Vorteile von Verhandlungen und Krieg. Dazu gehören die Führungsspitze, die Revolutionsgarden, die Regierung unter Pezeshkian und die Sicherheitsapparate.

Die Regierung könnte ein Abkommen benötigen, um einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. Teile des Machtapparats hingegen betrachten eine Verständigung mit den USA als Bedrohung ihrer ideologischen Grundlagen oder ihrer regionalen Einflussmöglichkeiten. Aus dieser Perspektive ziehen sie eine Fortsetzung des Krieges mit den USA und Israel in Betracht.

Jedes mögliche Abkommen mit den USA könnte für die iranische Führung auch politische Kosten mit sich bringen. Sollte die Islamische Republik von einigen ihrer Forderungen abrücken, könnten ihre innenpolitischen Gegner dies als Niederlage ihrer bisherigen Politik darstellen. Hält sie dagegen an sämtlichen Forderungen fest, drohen eine Fortsetzung der Blockade, sinkende Deviseneinnahmen und eine weitere Verschärfung des Konflikts.

Darin liegt der strategische Widerspruch innerhalb der politischen Interessen im Iran: Das Regime braucht eine Einigung, um den äußeren Druck zu verringern. Zugleich könnte es jedoch davor zurückschrecken, den politischen und ideologischen Preis eines

▶3

Einigung oder eine neue Phase...

solchen Abkommens zu zahlen. Die Fortsetzung der Konfrontation verursacht allerdings noch höhere Kosten. Diese werden zu einem großen Teil nicht von den politischen Entscheidungsträgern selbst getragen, sondern auf die Bevölkerung abgewälzt.

Die Zwangslage der Islamischen Regierung beschränkt sich jedoch nicht auf die USA und Israel. Die Entwicklungen in der Region zeigen, dass auch die Nachbarstaaten und wichtige Mächte der sogenannten islamischen Welt ihre sicherheitspolitischen Einschätzungen und Strategien neu ausrichten. Diese Neuorientierung könnte den ohnehin eingeschränkten Handlungsspielraum der Islamischen Republik weiter verkleinern.

Besondere Bedeutung kommt dabei dem sogenannten Mekka-Pakt über eine gemeinsame Verteidigung zwischen Saudi-Arabien, der Türkei und Pakistan zu. Doch damit war die Entwicklung nicht abgeschlossen. Im Anschluss an die Unterzeichnung eines solchen Abkommens kamen am Freitag, dem 23. Oktober, die Außenminister von acht europäischen und regionalen Staaten in Istanbul zusammen. Sie berieten über den Krieg zwischen Iran und den USA, die Sicherheit in der Straße von Hormus und der Bab al-Mandab Straße, die Krise im Jemen sowie die ►

Entwicklungen in Palästina. Dieses Treffen verdeutlicht die Sorge der beteiligten Staaten vor einem erneuten Krieg in der Region.

Die scharfen Äußerungen von Donald Trump und Benjamin Netanjahu gegen die Islamische Republik, die anhaltende militärische Konfrontation und die Differenzen über die Bedingungen für ein Kriegsende werfen erneut eine ernsthafte Frage auf: Steuert die Region auf eine neue Phase von Krieg und bewaffneten Auseinandersetzungen zu?

Eine realistische Einschätzung lautet: Die Gefahr einer Eskalation ist erheblich. Wann es dazu kommen könnte und welche Ausmaße sie annehmen würde, lässt sich jedoch nicht mit Sicherheit vorhersagen. Die gegenseitigen Drohungen lassen allerdings befürchten, dass ein neuer Krieg noch größere Ausmaße annehmen und noch verheerendere Zerstörungen verursachen könnte als zuvor.

►4



Es lebe die Räteregierung!

Einigung oder eine neue Phase...

Inmitten dieser angespannten Lage haben sich nun auch Frankreich und Großbritannien auf die Seite Saudi-Arabiens gestellt und sind in den Krieg gegen die Huthi im Jemen eingetreten. Dieser Schritt liegt zweifellos nicht im Interesse der iranischen Regierung, da er ihre regionale Position zusätzlich unter Druck setzen könnte.

Mit jedem weiteren Tag, an dem Entscheidungen von weitreichender politischer Bedeutung aufgeschoben werden und die Kosten der Krise steigen, wächst die Gefahr, dass das Schicksal von Millionen Menschen den Entscheidungen der Kriegsparteien, die eine weitere Eskalation in Kauf nehmen, ausgeliefert wird.

Wir dürfen nicht vergessen: Die Arbeiterklasse und die breite Bevölkerung Irans haben das Recht, sich gegen den Krieg und jede militärische Intervention zu stellen und zugleich die Innen- und Außenpolitik der Islamischen Regierung verurteilen. Diese beiden Positionen widersprechen einander nicht. Im Gegenteil: Sie können aus einem gemeinsamen Grundsatz hervorgehen nämlich die Verteidigung des Rechts der Menschen auf Leben, Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung. ►

Der Krieg ist kein Ausweg für die Bevölkerung Irans. Ebenso wenig bieten die reaktionären politischen Maßnahmen der Islamischen Regimes einen Ausweg. Gerade diese Politik hat das Land an den Rand eines Krieges und der Zerstörung gebracht. Die Verteidigung der tatsächlichen Interessen der Bevölkerung erfordert daher eine entschiedene Ablehnung dieses reaktionären Krieges, das unnachgiebige Eintreten für die Rechte und Freiheiten der Menschen, ein Ende der außenpolitischen Konfrontation und die Beendigung der zerstörerischen Politik des Regimes. Denn die Folgen dieser Politik werden vollständig auf die Schultern der Arbeiterklasse und der werktätigen Bevölkerung abgewälzt.

Dabei muss eines immer wieder betont werden: Die iranische Regierung ist der eigentliche Feind des Volkes. Die Beendigung dieser elenden Verhältnisse ist ohne den revolutionären Sturz des Regimes und die Errichtung einer Räteherrschaft der Arbeiter und Werktätigen nicht vorstellbar.

Eine Zusammenfassung des Artikels in „Kaar“- Nr. 1192 / 25. Oktober 2026

Die islamische Republik muss mit einem politischen Generalstreik und einem bewaffneten Aufstand gestürzt werden!

Klassenkampf in Europa

Demonstrationsroute, landesweit mehr als 800.000 Menschen an den Protesten teil, davon 250.000 in Paris. Die Demonstration verlief friedlich. Im Anschluss kam es in einigen Gebieten zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden. Laut Innenminister wurden fast 1.000 Menschen festgenommen und zwei Personen verletzt. In Orléans demonstrierten unterdessen 26.000 Menschen gegen die extreme Rechte. Die Kundgebung fand zeitgleich mit dem Kongress der neofaschistischen Partei Rassemblement National statt.

Anstatt auf die Forderungen der Protestierenden einzugehen, versucht die französische Regierung, die Proteste zu eskalieren und in der Öffentlichkeit ein negatives Bild der Bewegung zu erzeugen. Damit will sie der Ausweitung der Proteste einen Riegel vorschieben. Dabei haben sich die Vorsitzenden linker Parteien und der Gewerkschaften für einen friedlichen Verlauf ausgesprochen. Jean-Luc Mélenchon, Vorsitzender von La France insoumise, rief die Teilnehmenden der Pariser Demonstration dazu auf, diszipliniert vorzugehen und den Anweisungen der Gewerkschaften zu folgen.

Die Gewerkschaften CFDT, CGT, FO, UNSA und FSU haben außerdem gemeinsam für Donnerstag, den 5. November, zu einem landesweiten Streik- und Demonstrationstag aufgerufen. Im Mittelpunkt stehen höhere Löhne, bessere öffentliche Dienstleistungen, Beschäftigung und der Widerstand gegen die Haushaltspolitik der Regierung. Es wird erwartet, dass daraus ein sehr großer und breit getragener Protesttag wird.

In Spanien, wo es in den vergangenen Wochen bereits massive Proteste gegen die Wohnungsnot gegeben hatte, gingen diesmal in Madrid 50.000 Menschen auf die Straße. Sie verteidigten das Sozialversicherungssystem und die Renten gegen Privatisierung und Leistungskürzungen. Aufgerufen hatten Zusammenschlüsse und Netzwerke von Rentnerinnen und Rentnern; mehrere Gewerkschaften, darunter die CGT, unterstützten und beteiligten sich an der Demonstration.



Bereits am Samstag, dem 17. Oktober, waren in Frankreich nach Angaben der Veranstalter rund 800.000 Menschen auf die Straße gegangen. Der Protest von Schülerinnen und Schülern gegen Lehrkräftemangel und heruntergekommene Schulgebäude verband sich an diesem Tag mit den Forderungen

►
►6

Klassenkampf in Europa

von Beschäftigten und Rentnern. Auch die Gelbwesten beteiligten sich. In Italien gingen am 17. Oktober zeitgleich mit Schülerprotesten und Kundgebungen gegen die Teuerung in Rom auf Aufruf der Gewerkschaft CGIL mehr als 100.000 Menschen auf die Straße. Die Initiative „Italia in piazza“ („Italien auf der Straße“), die von jungen Menschen in sozialen Netzwerken ins Leben gerufen wurde und nach Angaben der Organisatoren Proteste in 14 Städten koordiniert, organisierte am selben Tag eine große Demonstration in Mailand. Schließlich kam es dort zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gruppen Jugendlicher und der Polizei. In Spanien hat der Kampf um bezahlbaren Wohnraum und gegen Zwangsräumungen unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen mobilisiert. Am Samstag, dem 3. Oktober, schlossen sich in Madrid 500.000 Menschen den Protesten an. Sie forderten niedrigere und gedeckelte Mieten, einen Stopp von Zwangsräumungen, Schutz für Mieterinnen und Mieter sowie Maßnahmen gegen die Spekulation mit Wohnraum.

Auch in Portugal gingen am 17. Oktober auf Aufruf der Allgemeinen Gewerkschaftskonföderation Portugals (CGTP) Zehntausende Menschen in Lissabon, Porto und Coimbra auf die Straße. Sie protestierten gegen die Wohnungsnot und forderten höhere Löhne und Renten, Maßnahmen gegen die Teuerung sowie bessere öffentliche Dienstleistungen.

In Griechenland beteiligten sich am 21. Oktober in Athen, Thessaloniki, Patras und weiteren Städten Zehntausende Menschen an Demonstrationen, zu denen Studierenden- und Lehrerorganisationen aufgerufen hatten. Die Gewerkschaft der Grundschullehrkräfte kündigte einen 24-stündigen Streik an. Zu den Forderungen gehörten höhere Bildungsausgaben, bessere Bezahlung, kostenlose Bildung, kleinere Klassen und bezahlbarer Wohnraum für Studierende. Die Demonstrierenden riefen: „Geld für Bildung, nicht für NATO-Massaker!“

Auch in Albanien begannen am 13. Oktober Proteste. Der Aufruf von Schüler- und Studierendengruppen und -netzwerken verband sich mit den Protesten der „Flamingo-Bewegung“, einer Umweltbewegung gegen Korruption. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete am 14. Oktober, dass sich in Tirana mehr als 10.000 protestierende Studierende versammelt hätten.

In Brüssel fand am 9. Oktober auf Aufruf der Gewerkschaft FGTB eine große

►

►7

Es lebe die internationale Solidarität der Arbeiterklasse!

Klassenkampf in Europa

Arbeiterdemonstration mit 50.000 Teilnehmenden statt. Die Beschäftigten wandten sich gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung. Auch in Belgien gibt es Proteste von Schülerinnen, Schülern und Studierenden. In vielen weiteren europäischen Ländern herrscht ebenfalls keine Ruhe: Überall kommt es zu Streiks und Straßendemonstrationen.

Die jüngste politische und soziale Krise in Europa ist das Ergebnis jahrzehntelanger neoliberaler Wirtschaftspolitik. Sie hat den Wohlstand und den Lebensstandard breiter Bevölkerungsschichten untergraben. In den aktuellen Protesten schlägt sich dies in Forderungen zu den Themen Wohnungsnot, Bildungskrise und sinkende Kaufkraft nieder.

Seit den 1980er-Jahren setzten sich die sogenannten neoliberalen Politiken, trotz der unterschiedlichen Tempos, in den europäischen Ländern durch. Als ständige Rechtfertigung dienten die Begrenzung der Haushaltsdefizite und der Staatsverschuldung. Beides wurde jedoch nie dauerhaft reduziert – und das hat Gründe. Seit den 1970er-Jahren, insbesondere nach der Krise von 1973 bis 1975, die durch den Ölpreisschock von 1973 verschärft wurde, gerieten die kapitalistischen Länder in eine neue Phase wirtschaftlicher Krisen. Die Phasen der Stagnation wurden länger, die Aufschwünge kürzer. Seit der Krise von 2007 lässt sich kaum noch von einem nachhaltigen Aufschwung sprechen. Die kapitalistischen Regierungen wälzten die Krisenlasten so weit wie möglich unter dem Schlagwort „Austerität“ auf die breite Bevölkerung ab.

Gleichzeitig ist der Reichtum einer kleinen Minderheit in der kapitalistischen Welt in den vergangenen Jahren in einem beispiellosen Ausmaß gewachsen. Diese Entwicklung ist den aufmerksamen Teilen der Bevölkerung nicht entgangen. Besonders Studierende, die in vielen Fällen eine treibende Kraft der Protestbewegungen waren und sind, nehmen diesen Widerspruch wahr.

Mit der Wirtschaftskrise von 2007, der anschließenden Pandemie und der anhaltenden Stagnation wurden die Austeritätspolitiken noch stärker verschärft. Hinzu kamen steigende Militärausgaben, insbesondere infolge des Krieges in der Ukraine, sowie die Entscheidung der NATO, unter Verweis auf die angebliche russische Bedrohung die Militär- und Sicherheitsausgaben zu erhöhen. Nach NATO-Angaben stiegen die gesamten Verteidigungsausgaben der europäischen Mitgliedstaaten und Kanadas von rund 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2014 auf 2,3 Prozent im Jahr 2025. Auf dem Gipfel in Den Haag am 25. Juni 2025 verpflichteten sie sich außerdem, bis 2035 jährlich fünf

►
►8

Es lebe die Freiheit – es lebe der Sozialismus

Klassenkampf in Europa

Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung und damit verbundene Sicherheitsausgaben aufzuwenden.

In einer Phase wirtschaftlicher Stagnation bedeutet der Anstieg der Militärausgaben für die Bevölkerung vor allem weitere Kürzungen bei öffentlichen Dienstleistungen und eine zusätzliche Verlagerung der Kosten für Gesundheit und Bildung auf die Menschen selbst. Die Unzufriedenheit darüber kommt in den Parolen der Protestierenden deutlich zum Ausdruck. In Italien riefen sie beispielsweise: „Geld für Schulen, nicht für Waffen“ („Soldi alla scuola, non alle armi“). In Frankreich lautete eine Parole: „Geld für Bildung, nicht für Krieg“ („Argent pour l’éducation, pas pour la guerre“). Auf einem Transparent stand: „Geld für die Gymnasien, nicht für Milliardäre oder Krieg“. In Portugal wandte sich der Generalsekretär der Gewerkschaft CGTP in seiner Rede bei der Demonstration am 17. Oktober ausdrücklich dagegen, Milliarden Euro aus den Mitteln abzuzweigen, die Arbeiter, Jugendliche und die Bevölkerung benötigen, um das Wettrüsten zu finanzieren. Er forderte Frieden.

Die politischen Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik

Eine wichtige politische Folge dieser Entwicklung war der Aufstieg rechtsextremer Strömungen mit ausgeprägt faschistischen Tendenzen. Im Laufe der Jahre entwickelten sie sich in mehreren europäischen Ländern zu einflussreichen Parteien.

Der relative Wohlstand der europäischen Arbeiterklasse nach dem Zweiten Weltkrieg beruhte auf mehr als einem Jahrhundert von Arbeitskämpfen, der Existenz von Gewerkschaften, günstigen wirtschaftlichen Bedingungen und der Konkurrenz zwischen dem östlichen und dem westlichen Block. Die neoliberale Politik, die mit dem Abbau öffentlicher Leistungen einherging, stellte diese Errungenschaften infrage.

Während große Teile der europäischen Linken nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des sogenannten „real existierenden Sozialismus“ in eine Krise gerieten und ihre Massenbasis stark schrumpfte, gelang es der extremen Rechten, Teile der öffentlichen Meinung zu beeinflussen. Selbst in Teilen der Arbeiterklasse ersetzte sie den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital durch einen vermeintlichen Gegensatz zwischen Einheimischen und Ausländern. Die extreme Rechte machte Migrantinnen und Migranten für die Wohnungsnot, Geflüchtete für den Abbau sozialer Leistungen und ausländische Arbeitskräfte für die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt verantwortlich. Wo eine starke

►

►9

Nieder mit dem Regime der islamischen Republik

Klassenkampf in Europa

Linke fehlte, verbreiteten sich diese rassistischen Vorstellungen rasch in Teilen der Gesellschaft.

Hervorzuheben ist auch die schädliche Rolle sozialdemokratischer Parteien, die selbst neoliberale Wirtschaftspolitik umgesetzt und damit zum Aufstieg der Neofaschisten in Europa beigetragen haben. In einigen Ländern verfügten diese Parteien über erheblichen Einfluss in Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen. Ihre Politik verstärkte das Misstrauen gegenüber den traditionellen Parteien. Die extreme Rechte nutzte dieses Vakuum und präsentierte sich als Gegnerin der etablierten Parteien, die seit Langem an der Macht waren. Dabei zielte auch ihr Wirtschaftsprogramm auf die Fortsetzung der bisherigen Politik – teilweise sogar in verschärfter Form – und damit auf die Bewahrung der kapitalistischen Ordnung.

In Frankreich erhielt der Front National bei der Europawahl 1984 rund elf Prozent der Stimmen. Seitdem gewann die Partei weiter an Einfluss. Heute zählt ihr Nachfolger, der Rassemblement National, zu den aussichtsreichsten Kräften im Rennen um die Präsidentschaft. In Österreich erhielt die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 1999 rund 27 Prozent der Stimmen. In den Niederlanden erzielte die Partij voor de Vrijheid (PVV) bei der Wahl 2023 die meisten Stimmen. Bei der Wahl 2025 lag sie trotz Stimmenverlusten nach der Zahl der Sitze gemeinsam mit der Partei D66 auf dem ersten Platz. In mehreren europäischen Ländern ist die extreme Rechte inzwischen über bloße Wahlerfolge hinausgekommen: Sie ist entweder in Koalitionen mit traditionellen rechten Parteien an der Regierung beteiligt oder sichert diesen parlamentarische Mehrheiten, unter anderem in Österreich, den Niederlanden, Finnland, Norwegen, Estland und Griechenland. In Italien ist Giorgia Meloni, Vorsitzende der rechtsextremen Partei Fratelli d'Italia, seit dem 22. Oktober 2022 weiterhin Ministerpräsidentin.

Die Neuformierung der europäischen Linken

Noch vor nicht allzu langer Zeit verfügten kommunistische Parteien in mehreren europäischen Ländern über beträchtlichen Einfluss und Wahlerfolge. Die Kommunistische Partei Italiens, zu deren führenden Persönlichkeiten einst Antonio Gramsci gehörte, hatte bis in die 1980er-Jahre hinein eine feste Basis unter italienischen Arbeiterinnen und Arbeitern sowie in weiteren Bevölkerungsschichten. Die Kommunistische Partei Frankreichs war bei den ersten französischen Parlamentswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg, 1946, mit mehr als 28 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei geworden. Seit den 1980er-Jahren gingen

►

►10

Es lebe die internationale Solidarität!

Klassenkampf in Europa

ihre Stimmenanteile und ihre Popularität jedoch zurück. Insgesamt verloren die alten linken Parteien Europas nach den 1970er-Jahren zunehmend ihre Massenbasis; in einigen Ländern, darunter Italien, verschwanden sie schließlich sogar von der politischen Bühne.

Nach der Wirtschaftskrise von 2007 und der Verschärfung der Austeritätspolitik gewannen linke Parteien und Organisationen in Europa allmählich wieder an Bedeutung, auch wenn ihr Aufstieg nicht mit dem der extremen Rechten vergleichbar war. In Griechenland gelangten sie 2015 sogar an die Regierung. Doch nachdem sie sich schließlich den von europäischen und internationalen Finanzinstitutionen aufgezwungenen Austeritätsmaßnahmen unterwarfen, verloren sie ihre Unterstützung und erlitten eine Niederlage.

Heute ist La France insoumise unter der Führung von Jean-Luc Mélenchon eine der bekanntesten neuen linken Parteien Europas. Allerdings beschränkt sich ihr im Wesentlichen auf Reformen zugunsten einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen innerhalb der bestehenden kapitalistischen Ordnung. Der wachsende Einfluss der Partei, insbesondere unter jungen Menschen, und Mélenchons Chancen bei der kommenden Präsidentschaftswahl haben rechte Politiker dazu veranlasst, ihr Plünderungen, Brandstiftungen und andere Sabotageakte anzulasten. Damit soll möglicherweise verhindert werden, dass Mélenchon bei der nächsten Wahl kandidiert. Dabei hat er sich wiederholt gegen solche Aktionen ausgesprochen. Am 17. Oktober schrieb er auf X: „Wer an unserem Kampf teilnimmt, darf sich nicht an Plünderungen und Zerstörungen beteiligen.“ Er rief dazu auf, Aktionen zu vermeiden, die seiner Ansicht nach keine politische Bedeutung haben und den Kampfmethoden seiner Bewegung widersprechen. Zugleich betonte er die Verantwortung der Regierung und die Rolle der Polizeiführung bei der Entstehung von Gewalt.

Das Niederbrennen von Autos und die Beschädigung öffentlichen Eigentums tragen zweifellos vor allem dazu bei, ein negatives Bild der Proteste zu erzeugen und von den Forderungen abzulenken, die bei den zahlreichen großen Demonstrationen von Arbeiterinnen und Arbeitern, Studierenden, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern erhoben wurden. Unabhängig davon, welche Kräfte an diesen Vorfällen beteiligt waren, darf nicht vergessen werden, dass es in der jüngeren politischen Geschichte zahlreiche Versuche von Polizei, Sicherheitsdiensten und rechtsextremen Gruppen gab, Protestbewegungen politisch zu diskreditieren.

Das FBI-Programm COINTELPRO, das die Bürgerrechtsbewegung der Schwarzen und die Proteste gegen den Vietnamkrieg unterwandern und diskreditieren sollte, sowie von der

▶ ▶11

Klassenkampf in Europa

Polizei gefälschte Beweise während der Anti-Globalisierungsproteste im italienischen Genua im Juli 2001 sind nur zwei Beispiele für die vielfältigen Versuche kapitalistischer Institutionen und Parteien, Protestbewegungen gegen die herrschenden Ausbeutungsverhältnisse zu sabotieren.

Auch in Frankreich hat diese Praxis eine lange Geschichte. Die faschistischen Tendenzen innerhalb der Polizei wurden sogar vor Gericht nachgewiesen. Es ist daher kein Zufall, dass der Rassemblement National die Polizei gegen die Protestierenden unterstützt. Auch bei den jüngsten Protesten wurden zahlreiche Videos veröffentlicht, auf denen schwarz gekleidete und vermummte Personen innerhalb der Polizei Brandstiftungen begingen. Ein weiterer bemerkenswerter Vorfall war der Angriff von etwa 50 vermummten Anhängern der neofaschistischen Partei Rassemblement National auf eine friedliche Demonstration in Nizza am Samstag, dem 24. Oktober.

Die jüngste Protestbewegung in Europa richtet sich immer deutlicher gegen die herrschende, ungerechte Ordnung: gegen die Wohnungsnot, niedrige Löhne, Missstände im Gesundheitswesen und die Krise des Bildungssystems. Es ist ein Kampf gegen das Kapital und gegen die Verkommenheit einer Ordnung, in der eine winzige Minderheit den gesellschaftlichen Reichtum und die Machtorgane an sich gerissen hat, während eine überwältigende Mehrheit immer weiter verarmt und ausgegrenzt wird. Es ist der Protest ausgebeuteter und entrechteter Menschen, die eine grundlegende Veränderung der bestehenden Verhältnisse verlangen.

Wir schließen diesen Artikel mit einem Auszug aus einem Brief, den einige Menschen verfasst haben, die bei den jüngsten Protesten in Frankreich festgenommen wurden. Der Brief wurde in dem antifaschistisch ausgerichteten französischen Medium Contre Attaque veröffentlicht:

„Was uns verbindet, ist unsere gemeinsame Wut und unsere Leidenschaft für die Revolution. Eine Revolution, die uns wieder die Möglichkeit geben soll, zu atmen und Hoffnung zu schöpfen, Anteil zu haben und miteinander zu teilen. Eine Revolution, die es uns endlich ermöglicht, selbst über unsere Lebensweise zu entscheiden. Eine Revolution, die der Demütigung durch überbordenden Luxus und Reichtum ein Ende setzt.“

▶

Es lebe die Klassenautonomie der Arbeiterklasse!

Ausgewählte Berichte über...

Am Sonntag, dem 11. Oktober, versammelten sich Beschäftigte des Gesundheitswesens aus Gesundheitszentren in Täbris vor dem Sitz der Provinzregierung. Sie protestierten gegen ihre schlechten Lebensbedingungen, die ungleiche Bezahlung und verpflichtende Überstunden.

Zeitgleich verließen am Montag, dem 12. Oktober, Pflegekräfte aus Urmia und Salmas aus Protest gegen Diskriminierung und die Missachtung ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Forderungen die Feierlichkeiten zum Tag der Pflege an der Medizinischen Universität Urmia.

Die Protestierenden wiesen auf die Inflation, den sinkenden Kaufkraftverlust und die Lohnungleichheit hin. Sie betonten, dass ihre Forderungen dringend ernst genommen und erfüllt werden müssten.

Entlassene Beschäftigte der Khavar-Spinnerei in Rascht protestieren

Am Mittwoch, dem 21. Oktober, veranstalteten entlassene Beschäftigte der Khavar-Spinnerei in Rascht eine Protestversammlung. Sie forderten die Auszahlung ihrer ausstehenden Ansprüche.

Arbeiter des Stahlwerks Fouladsazan Amir Arvan in Ghom treten in den Streik

Den Arbeitern des Stahlwerks Fouladsazan Amir Arvan im Industriegebiet Shokouhiyeh in Ghom wurden drei Monatsgehälter vorenthalten. Auch ihre Sozialversicherungsbeiträge wurden nicht abgeführt.

Aus Protest gegen diesen offensichtlichen Lohnraub befinden sich die Arbeiter seit einer Woche im Streik.



Arbeit – Brot – Freiheit – Räteregierung

Ausgewählte Berichte über Arbeitskämpfe und Proteste im Oktober

Vom 20. September bis 20. Oktober wurden mindestens 66 Todesfälle infolge unzureichender Arbeitssicherheit sowie288 Arbeitsunfälle mit Verletzungen registriert. Darüber hinaus wurden 32 Fälle von Arbeitslosigkeit, 50 Fälle vonEntlassungen und Personalabbau sowie 263 Fälle von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen gemeldet.

Die Zahlen umfassen außerdem ausstehende Lohnzahlungen in Höhe von 58 Monatsgehältern sowie 31 Fälle, in denenArbeitsstätten von den Behörden versiegelt wurden. Im selben Monat fanden 53 Versammlungen von Arbeitern undGewerkschaften sowie 13 Streiks statt. Darüber hinaus wurden sechs Festnahmen registriert. Zehn Arbeitern wurdeninsgesamt 760 Peitschenhiebe verabreicht.

Diese Zahlen verdeutlichen das Ausmaß der Verletzungen von Arbeitnehmerrechten. Sie reichen von unsicherenBeschäftigungsverhältnissen und schwerer wirtschaftlicher Not bis hin zu staatlicher Repression und gerichtlichenMaßnahmen gegen Arbeiter und ihre gewerkschaftlichen Proteste.

Rentnerproteste an den „Protestsonntagen“ im ganzen Land

Am Sonntag, dem 25. Oktober 2026 wurden die Straßen zahlreicher iranischer Städte erneut zum Schauplatz großer und entschlossener Protestversammlungen von Rentnern der Sozialversicherungsorganisation, der Stahlindustrie, der Eisen- und Stahlwerke sowie des Bergbausektors.

Pflegekräfte protestieren in Täbris und boykottieren die Feierlichkeiten zum Tag der Pflege in Urmia

►12

Kontakt

Organisation der Fadaian (Aghaliyat)

info@fadaian-minority.org

https://fedaian-minority.org/index.php/deutsch/

Die Organisation der Fedaian (Aghaliyat) ist eine kommunistische Organisation, die für den Sturz der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaft kämpft.

Die Organisation der Fedaian (Aghaliyat) kämpft für eine klassenlose Gesellschaft, in der jegliche Form der Ausbeutung, Unterdrückung, Benachteiligung und soziale Ungleichheit beseitigt sind, und wo alle freien und gleichberechtigten Mitglieder der Gesellschaft im Wohlstand und Glück leben und ihre Fähigkeiten entwickeln.

Das unmittelbare Ziel der Organisation der Fedaian (Aghaliyat) ist der Sturz der islamischen Republik Iran und die Errichtung der Sowjetrepublik der Arbeiter und Werktätige, die der Ausdruck der konsequentesten und vollständigsten Form der Demokratie ist. Sie wird die weitestgehenden politischen Freiheiten gewährleisten und in dem sie die demokratischen und das Gemeinwohl betreffende soziale Maßnahmen verwirklicht, die sozialistischen Umwälzungen beginnt.

Es lebe der Sozialismus